

Datenschutzhinweise gemäß Art. 13 DSGVO für Teilnehmer von Vergabeverfahren

1. Allgemeines

Der verantwortungsvolle Umgang mit personenbezogenen Daten ist für uns von besonderer Wichtigkeit und stellt eine Selbstverständlichkeit dar. Sofern wir personenbezogene Daten von Ihnen erhalten, nutzen bzw. verarbeiten wir diese unter Beachtung der geltenden nationalen und europäischen Datenschutzvorschriften. Durch die am 25. Mai 2018 in Kraft getretene EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) soll der einheitliche Schutz von personenbezogenen Daten innerhalb der EU insgesamt sichergestellt werden. Personenbezogenen Daten in diesem Sinne sind sämtliche Informationen, die einen Bezug zu Ihrer Person aufweisen bzw. aufweisen können. Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht.

2. Verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragter

Universitätsklinikum Mannheim GmbH
Datenschutzbeauftragter@umm.de

3. Quelle der Personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Zuge des Vergabeverfahrens erhalten. Des Weiteren verarbeiten wir – sollte dies für die Erbringung unserer Leistung erforderlich sein – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen zulässigerweise gewinnen oder die uns von anderen Unternehmen oder von sonstigen Dritten berechtigt übermittelt werden.

4. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Wir verarbeiten folgende Kategorien von personenbezogenen Daten: Stammdaten (z. B. Name und Funktion Ihrer Mitarbeiter, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, weitere in Lebensläufen angegebene Informationen), Auftragsdaten, Daten zur Erfüllung unserer vergaberechtlichen Verpflichtungen, Informationen über Ihre Bonität, Zahlungszuverlässigkeit, Korrespondenz (z.B. Schriftverkehr mit Ihnen) sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.

5. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen, und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Einhaltung der jeweils anwendbaren nationalen und europäischen gesetzlichen Datenschutzerfordernungen. Dabei ist die Verarbeitung rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

a. Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO)

Soweit Sie bzw. Ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

b. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen (Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO)

Um unseren vertraglichen Pflichten gegenüber Ihnen als den am Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen nachzukommen, verarbeiten wir personenbezogenen Daten zur Erfüllung des Vertrages und/oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen. Die Zwecke der Datenverarbeitung ergeben sich in erster Linie aus dem konkreten Vergabeverfahren. Die weiteren Einzelheiten zu den Datenverarbeitungszwecken können Sie den Vergabeunterlagen entnehmen.

c. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DSGVO)

Die Universitätsklinikum Mannheim GmbH unterliegt unterschiedlichen rechtlichen Verpflichtungen (z. B. vergaberechtlicher Vorschriften, handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsvorschriften nach Handelsgesetzbuch und Abgabenordnung). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten und auch die Risikobewertung und -steuerung im Unternehmen und innerhalb des Konzerns.

d. Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderliche Datenverarbeitung hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele:

- Revision und Verbesserung von Verfahren zur allgemeinen Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Prozessen und Arbeitsabläufen,
- Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
- Verhinderung, Aufklärung bzw. Prävention bei Straftaten.

6. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb des Unternehmens sind die Stellen zugriffsberechtigt, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Die Universitätsklinikum Mannheim GmbH lässt außerdem einzelne der vorgenannten Prozesse und Serviceleistungen durch sorgfältig ausgewählte und datenschutzkonform beauftragte Dienstleister ausführen, die ihren Sitz innerhalb der EU haben. Dies sind Unternehmen u. a. in der Kategorie IT-Dienstleistungen, die wir im Rahmen von Auftragsverarbeitungsverhältnissen heranziehe. Im Hinblick auf die Datenweitergabe an weitere Empfänger dürfen wir Informationen über Sie bzw. Ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies erfordern oder wir zur Weitergabe befugt sind. Sind diese Voraussetzungen gegeben, können Empfänger personenbezogener Daten u.a. sein:

- von uns bevollmächtigte Rechtsanwälte,
- öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Vergabekammer, Gerichte, andere Behörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung.

Weiterführend können auch andere Stellen Datenempfänger sein, sofern Sie bzw. Ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

7. Absicht, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln

Eine aktive Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Kriterien für die Festlegung der Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden

Die Kriterien zur Festlegung der Dauer der Speicherung bemessen sich nach Ende des Zwecks und anschließender gesetzlicher Aufbewahrungsfrist. Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren – befristete und ggf. eingeschränkte – Weiterverarbeitung ist erforderlich zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten: Zu nennen sind das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Abgabenordnung (AO). Danach sind die Aufbewahrungs- bzw. Dokumentationsfristen auf bis zu 10 Jahre vorgegeben.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften: Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre, unter besonderen Umständen allerdings bis zu 30 Jahren.

- Einhaltung telekommunikationsrechtlicher Speicherpflichten gemäß aktuellem Telekommunikationsgesetz (TKG) und weiterer Gesetze.

9. Datenschutzrechte

Jede(r) Betroffene hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch aus Art. 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG). Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft uns gegenüber widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

10. Verpflichtung zur Bereitstellung und mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung von Daten

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, den Vertrag mit Ihnen zu schließen oder diesen auszuführen.

11. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine automatische Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO.

Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) und Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO

Datenschutzhinweise im Vergabeverfahren

(Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzu-legen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst über das Vergabeportal dtvp an den Auftraggeber gerichtet werden.